

Weder big, noch Bang

von

Heiner Flassbeck

WuM, April, 2003

Viele hatten von der Rede des Bundeskanzler am 14. März die Wende in der Wirtschaftspolitik erwartet. Ein Big Bang hätte es werden sollen, ein wirklicher Durchbruch. Doch davon kann nicht die Rede sein. Das meiste haben wir schon ein paar Mal gehört. Das "milliardenschwere" Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) etwa fehlte in keinem der vielen 20 - Punkte Programme, mit denen uns schon Kanzler Kohl alle paar Jahre weismachen wollte, jetzt werde alles anders. Kündigungsschutz lockern, Sozialausgaben senken, Bürokratie abbauen, Gesundheit bezahlbar machen, alles schon mal dagewesen, alles nichts gebracht.

Nach der monatelangen Hartz-Arie, die die Arbeitslosigkeit halbieren sollte, jetzt also eine Agenda 2010. Zu Recht hat der Bundeskanzler festgestellt, daß "ohne konjunkturpolitisches Gegensteuern die Reformen ins Leere laufen". Er hat aber zugleich deutlich gemacht, daß die Investitionsförderung via KfW keine "kurzfristiges Konjunkturprogramm mit Strohuereffekt sein wird, weil dafür weder neue Schulden aufgenommen werden, noch die Steuern erhöht werden". Genau damit hat er aber dem "konjunkturpolitischen Gegensteuern" von vorneherein jeden Sinn genommen.

Im Kern läuft die Ökonomie der Agenda folglich darauf hinaus, durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Umfinanzierung der Sozialhilfe die Gemeinden zu entlasten und auf diese Weise ein paar öffentliche Investitionen zu finanzieren. Oder anders: Die Arbeitslosen finanzieren jetzt den Straßenbau der Gemeinden. Ist das nicht eine gute Idee, fragten schon vor einigen Wochen viele Kommentatoren: Wir finanzieren öffentliche Investitionen statt des Konsums der Transferempfänger. Das ist gut für die Bauindustrie und es schafft Arbeitsplätze für die älteren und arbeitslosen Bauarbeiter, die nun nur noch Sozialhilfe statt Arbeitslosengeld erhalten.

Nein, es ist eine absurde Idee und eigentlich müßten Unternehmen und Gewerkschaften gemeinsam dagegen auf die Barrikaden gehen. Wenn man die Leistungen für Arbeitslose um drei Milliarden kürzt, sind im gleichen Augenblick drei Milliarden Gewinne der Unternehmen und ein paar tausend Arbeitsplätze verloren. Den Menschen nahe am Existenzminimum bleibt nämlich nichts übrig, als ihren Gürtel noch enger zu schnallen und, so schwer es jedem einzelnen fallen mag, auf drei Milliarden Ausgaben insgesamt zu verzichten, die den Unternehmen fehlen. Wenn die Gemeinden mit den neu gewonnenen drei Milliarden Straßen bauen, entstehen zwar neue Arbeitsplätze und neue Einkommen an anderer Stelle, aber per Saldo ist außer Umverteilung nichts gewesen.

Die ganze Rede stand unter dem Motto, "Wir können nur verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben". De facto wird in der Agenda aber nur umverteilt, ohne etwas zu erwirtschaften. Um die Unternehmen anzuregen, etwas Neues zu wagen, in Kapital und in Arbeit zu in-

vestieren, genügt es nicht, mit ein paar Millionen einige Kredite durch die KfW verbilligen zu lassen. Diese werden mitgenommen von Betrieben, die ohnehin investieren wollten, ohne daß sich das Geringste an der Lage ändert. Wer etwas für Investitionen und neues Wachstum tun will, muß richtiges Geld in die Hand nehmen.

Richtiges Geld wären, sagen wir, 20 Milliarden für öffentliche Investitionen oder für ein Vorziehen der gesamten Steuerreform. Solches Geld aber ist nicht da, sagt Herr Clement seit Wochen, obwohl auch er gerne etwas mehr ausgeben möchte. Hier liegt der Hund begraben. Offenbar hat die deutsche Wirtschaftspolitik nicht begriffen, daß man mit Geld, das schon da ist, auf keinen Fall Wachstum und Beschäftigung fördern kann. Der Staat verfügt, ohne Kredite aufzunehmen, immer nur über Geld, das er anderen abgenommen hat. Wer anderen Geld abnimmt, um es selbst wieder auszugeben, bewirkt selbstverständlich wieder genau nichts außer Umverteilung.

Wer tatsächlich glaubt, daß "die Reformen ohne konjunkturpolitisches Gegensteuern ins Leere laufen", muß sich trauen, den europäischen Stabilitätspakt und seine unsinnige Knebelung der Finanzpolitik offensiv und massiv in Frage zu stellen. Er muß auch eine weit offensivere Politik der europäischen Zentralbank einfordern. Das Mißverständnis, das die Agenda durchzieht, ist der Glaube, es gebe zu den klassischen die Konjunktur anregenden Maßnahmen Zinssenkung und staatliche Defizitpolitik irgendeine ernsthafte Alternative. Das angebotene Sammelsurium von Angebotspetitionen, Umverteilung zulasten der Arbeitslosen und das Spielgeld der Kreditanstalt werden verpuffen wie bei allen anderen Programmen dieser Art vorher.

Nur wenn der Staat neue Kredite aufnimmt, also die vorhandenen Ersparnisse der privaten Haushalte nutzt, um selbst zu investieren, oder das Einkommen anderer - ohne Umverteilung - zu erhöhen, können die Gewinne der Unternehmen wirklich steigen, kann Neues geschehen, kann sich die Volkswirtschaft aus der Stagnation lösen. Das mag man Strohfeuer nennen, weil es natürlich nur für eine Zeit wirkt, wenn sich die Unternehmen durch die Verbesserung ihrer Situation nicht selbst zu neuer Kreditaufnahme anregen lassen. Ohne dieses Strohfeuer am Anfang gibt es aber gar kein Feuer, keine Wärme und keine Verbesserung der Lebensbedingungen.

Im Februar dieses Jahres waren - unter Ausschaltung von Saisoneinflüssen - 4,35 Millionen Menschen arbeitslos. Allein in den letzten beiden Monaten sind 150 000 Menschen zusätzlich arbeitslos geworden. Dem standen 380 000 offene Stellen gegenüber. Wer glaubt, man müsse Arbeitslose "ermutigen", Arbeit zu suchen, um das Problem zu lösen, wird kläglich scheitern. Es muß wohl noch schlimmer kommen, bevor es besser wird. In weniger als sechs Monaten wird über richtiges Geld gesprochen werden und, nicht zu vergessen, über richtige Politik.